Victoria Schwenzer
Sabine Behn
Regina Reinke
(Hrsg.)

Wir denken nicht mehr in „ihr“ und „wir“

Der Lokale Aktionsplan Friedrichshain-Kreuzberg für Vielfalt, Toleranz und Demokratie

Schibri-Verlag Berlin • Strasburg (Um.) • Milow

Inhaltsverzeichnis

Dr. Franz Schulz
Grußwort 7

Victoria Schwenzer
Der Lokale Aktionsplan Friedrichhain-Kreuzberg als kommunales Handlungskonzept 8

Maik Baumgärtner
Friedrichshain-Kreuzberg – ein Ort der Vielfalt?
Rechtsextremismus und Rassismus im „Multikulti-Bezirk“ 16

Lydia Nofal/Nuran Yiğit
Islamophobie: Problemlage und innovative Gegenstrategien 26

Tülin Duman/Nelly Tschörtner
Mehrdimensional denken, multiperspektivisch handeln – neue Wege der lokalen Antidiskriminierungsarbeit 42

Martin Düspohl/Kurdistan Kultur- und Hilfsverein e. V.
Die Förderung des interreligiösen und weltanschaulichen Dialogs im Rahmen des lokalen Aktionsplans 53

Eleonore Häring de Vázquez
„Flüchtling – jung, mutig, hoch motiviert – sucht Zukunft.“
Kreative Ansätze in der Arbeit mit und über Flüchtlinge 74

Sabine Behn
Empowerment und Beteiligung von benachteiligten Jugendlichen als lokale Strategie 86

Martin Düspohl
Exemplarisch, orts- und biografiebezogen: Die Projekte der historisch-politischen Bildungsarbeit im Rahmen des Lokalen Aktionsplans Friedrichshain-Kreuzberg 93

Victoria Schwenzer
Der Lokale Aktionsplan Friedrichshain-Kreuzberg: ein resümierender Blick auf einen erfolgreichen Ansatz 108

AutorInnenverzeichnis 111

Victoria Schwenzer

Der Lokale Aktionsplan Friedrichshain-Kreuzberg als kommunales Handlungskonzept

Der vorliegende Band versammelt Beiträge, die die Erfahrungen reflektieren, die in rund drei Jahren Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg bei der Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes gemacht wurden. Ein Lokaler Aktionsplan ist ein kommunales Handlungskonzept zur Toleranz- und Demokratieförderung und steht damit für einen spezifischen, lokal ausgerichteten strategischen Ansatz im Rahmen von Rechtsextremismusbekämpfung und Anti-Diskriminierungsarbeit, der sich deutlich von der unkoordinierten und unverbundenen Umsetzung einzelner Projekte, Maßnahmen bzw. zivilgesellschaftlicher und/oder kommunaler Aktivitäten unterscheidet. Denn Lokale Aktionspläne verfolgen die Idee, *„ein koordiniertes und vernetztes Vorgehen aller relevanten AkteurInnen mit einem ausgeprägten lokalen Bezug zu verbinden und somit gute Voraussetzungen für eine nachhaltige Arbeit gegen Rechtsextremismus zu schaffen“* (Karliczek 2009, 77). Konstitutiv für die Arbeit der Lokalen Aktionspläne sind deswegen die folgenden drei Annahmen, die dem Konzept zugrunde liegen: Strategien gegen Rassismus und Rechtsextremismus auf kommunaler Ebene müssen erstens vernetzte Strategien sein, die von einem möglichst breiten Bündnis getragen sind, sie müssen zweitens koordiniert sein und auf einer Analyse der jeweiligen Problemlage vor Ort basieren, und drittens wird davon ausgegangen, dass der Zusammenarbeit von Kommune und Zivilgesellschaft eine besondere Bedeutung in der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung zukommt.

Der Lokale Aktionsplan Friedrichshain-Kreuzberg wurde von Oktober 2007 bis Dezember 2010 im Rahmen des Bundesprogramms „**Vielfalt tut gut**. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ gefördert, zusammen mit 89 weiteren Aktionsplänen in ganz Deutschland. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend stellte für das Bundesprogramm, das auch Modellprojekte umfasste, jährlich insgesamt 19 Millionen Euro zur Verfügung. Jeder Aktionsplan erhielt jährlich eine Förderung von 100.000 Euro; einzelne Projekte vor Ort konnten mit bis zu maximal 20.000 Euro gefördert werden. Die

Entscheidung über die Vergabe der Fördermittel wurde in die Verantwortung der AkteurInnen vor Ort gelegt. Dazu wurden in den Fördergebieten Begleitausschüsse eingerichtet, in denen sowohl kommunale VertreterInnen (z. B. aus dem Jugendamt, dem Schulamt oder der Polizei) als auch zivilgesellschaftliche VertreterInnen (z. B. VertreterInnen von Vereinen, Initiativen und Verbänden) mitarbeiteten. Die Begleitausschüsse fungieren als zentrales Steuerungsgremium, denn sie gestalten die Strategie des Lokalen Aktionsplanes, indem sie Ziele und Förderschwerpunkte festlegen und über die Vergabe der Einzelprojekte entscheiden. Damit wird ein partizipativer Ansatz verfolgt, der die Entscheidungskompetenzen der Menschen vor Ort stärkt, da diese als ExpertInnen für die lokale Problemlage und für die Erarbeitung konkreter, auf die Problemlage zugeschnittener Maßnahmen fungieren. Dies erfordert ausgiebige Diskussionsprozesse und ein gemeinsames, zielgerichtetes Handeln.

Inzwischen sind diese Lokalen Aktionspläne – so auch der Lokale Aktionsplan Friedrichshain-Kreuzberg – in die degressive Förderphase übergegangen, in der die Verstetigung des Erreichten und der Transfer der Ergebnisse im Vordergrund der Arbeit stehen. Das neue Bundesprogramm „**Toleranz fördern – Kompetenz stärken**“ unterstützt diese Phase während der kommenden drei Jahre mit deutlich weniger Mitteln, da die Erwartung besteht, dass Projektansätze, die sich in den vergangenen Jahren als erfolgreiche Strategien bewährt haben, in kommunale Förderung übergehen bzw. andere Förderungen akquiriert werden können; gleichzeitig wurden aufgrund des Erfolgs des strategischen Ansatzes, der im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Programms evaluiert wurde (Camino/ISS 2009), im Frühjahr 2011 weitere 90 Aktionspläne ins Leben gerufen.

Im Folgenden sollen zunächst die Problemlagen, die der Lokale Aktionsplan Friedrichshain-Kreuzberg bearbeitete, die Ziele, die gesetzt wurden, sowie die Schwerpunktthemen, die im Mittelpunkt der Arbeit der vergangenen drei Jahre standen, dargestellt werden. Die Ergebnisse der Einzelprojekte wurden bereits in drei Dokumentationsbroschüren skizziert; außerdem liegt eine Abschlussdokumentation des Lokalen Aktionsplanes vor.[1] Der Sammelband zielt vielmehr

1 Die Broschüren können über die externe Koordinierungsstelle, die von der Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH betreut wird, bestellt werden.

darauf, auf einer allgemeineren Ebene die gemachten Erfahrungen und Ergebnisse zu reflektieren und diese so aufbereiteten Erfahrungen denjenigen zur Verfügung zu stellen, die sich mit der Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung theoretisch und praktisch auseinandersetzen wollen.

Problemlagen des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg ist einer der zentralen Bezirke Berlins innerhalb des Berliner S-Bahn-Rings. Zu den Besonderheiten der heutigen Bezirksstruktur gehört, dass der ehemalige Westberliner Bezirk Kreuzberg und der Ostberliner Stadtbezirk Friedrichshain im Jahr 2001 zu einem Bezirk fusionierten, dessen Wahrzeichen, die Oberbaumbrücke über der Spree, die beiden Ortsteile verbindet. Die Geschichte Kreuzbergs ist sehr stark durch Migrationsprozesse und einen häufigen Wechsel der Bevölkerung geprägt. Ab Mitte der 60er Jahre zogen die so genannten „GastarbeiterInnen" aus der Türkei in die maroden Altbauten; später kamen im Zuge der 68er-Bewegung StudentInnen, Bundeswehrflüchtlinge und KünstlerInnen nach Kreuzberg, die den Mythos des links-alternativen Bezirks prägten, der auch heute noch wirkmächtig ist. Der ehemalige Arbeiterbezirk Friedrichshain entwickelte sich erst nach der Wende zu einem „Szeneviertel", das inzwischen deutlich jünger und studentischer ausgerichtet ist als Kreuzberg.

Der Gesamtbezirk Friedrichshain-Kreuzberg hat rund 260.000 EinwohnerInnen, davon haben etwa ein Drittel (36,6 %) einen Migrationshintergrund; dies ist nach dem Bezirk Mitte der zweithöchste Migrationsanteil in ganz Berlin.[2] Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Bewohnerschaft unterscheidet sich jedoch in den einzelnen Bezirksregionen, insbesondere zwischen Ost und West, signifikant: Während in großen Teilen Kreuzbergs etwa 60 % der Menschen einen Migrationhintergrund haben, sind es in Teilen Friedrichshains maximal rund 20 %.[3] Der Anteil von Kindern und Jugendlichen (bis 15 Jahren) liegt in Teilen Kreuzbergs nach Angaben des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg sogar bei rund 90 %. An vielen Schulen stellen die fehlende

2 Stand: 31.12.2007, Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg unter: http://www.berlin.de/lb/intmig/statistik/demografie/bevoelkerung_nichtdeutscher_staatsang.html, Zugriff vom 01.03.2011

3 Stand: 31.12.2009, Quelle: ebd.

interkulturelle Qualifikation des Lehrpersonals sowie ein Mangel an mehrsprachigen LehrerInnen mit Migrationshintergrund ein Problem dar, aber auch die Sprachkompetenzen der SchülerInnen und/oder ihrer Eltern.

Besonders im nordöstlichen Kreuzberg – im Monitoring Soziale Stadtentwicklung als „Aktionsraum plus“[4] geführt – ballen sich soziale Probleme, die hier durch einige Zahlen verdeutlicht werden sollen. So ist der Anteil von nicht-arbeitslosen EmpfängerInnen von Existenzsicherungsleistungen dort besonders hoch: Das sind diejenigen Menschen, die über keine ausreichende finanzielle Lebensgrundlage verfügen bzw. die von ihrem Erwerbseinkommen alleine nicht leben können und deswegen noch finanzielle Unterstützung erhalten (nach SGB II und XII). In Kreuzberg Nord-Ost sind das laut Monitoring Soziale Stadtentwicklung 26,7 % der BewohnerInnen, also etwa jede/r vierte BewohnerIn (vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung 2009, 53). Dieser Anteil ist damit etwa doppelt so hoch wie im Berliner Durchschnitt. Im Bezirksdurchschnitt liegt der Anteil bei 20 % (hinter den Bezirken Neukölln und Mitte). Noch dramatischer zeigt sich die Situation, wenn man sich vor Augen führt, wie viele Kinder und Jugendliche Transferleistungen erhalten, wie hoch also das Ausmaß der Kinderarmut ist. Das Monitoring Soziale Stadtentwicklung verzeichnet hier, dass 61,5 % der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren Existenzsicherungsleistungen erhalten, das heißt, über die Hälfte der Kinder und Jugendlichen im nordöstlichen Kreuzberg lebt in Familien, die von Armut betroffen sind. Zum Vergleich: Im Berliner Durchschnitt sind dies 37,4 %, also etwa jedes dritte Kind (vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung 2009, 54). Im Gesamtbezirk sind es durchschnittlich 50 % Kinder- und Jugendliche, die Existenzsicherungsleistungen erhalten. Friedrichshain-Kreuzberg rangiert damit auf dem dritten Platz der Berliner Bezirke; mehr Kinderarmut gibt es nur in den Bezirken Mitte und Neukölln. Diese Zahlen machen beispielhaft deutlich, dass für den Bezirk bestimmte problematische gesellschaftliche und soziale Rahmenbedingungen konstitutiv sind.

4 Im Ergebnis des Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2008 wiesen fünf großräumige Berliner Gebiete in hohem Maße komplexe Problemlagen auf. Der Berliner Senat reagierte daraufhin mit der Festlegung der „Aktionsräume plus“ als Teil der strukturellen Neuausrichtung der Berliner Stadtentwicklung. Ziel ist es, den BewohnerInnen in den benachteiligten Gebieten bessere Zukunftschancen zu erschließen, wobei Bildung Priorität hat. Die „Aktionsräume plus“ bilden eine neue Form, um ressort- und quartiersübergreifend eine stärkere Vernetzung der bestehenden Fördergebiete anzugehen, die bereits durch Förderprogramme (wie Soziale Stadt/Quartiersmanagement) unterstützt werden.

Viele der BezirksbewohnerInnen befinden sich in einer prekären Lebenssituation, insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund haben aufgrund von mangelnden oder schlechten Schulabschlüssen und geringen Chancen auf dem Arbeitsmarkt kaum Perspektiven. Verstärkt wird diese Problematik durch vielfältige Ausgrenzungserfahrungen von BewohnerInnen mit Migrationshintergrund: z. B. durch alltägliche Diskriminierungserfahrungen und Alltagsrassismus, durch mangelnde gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung, durch die Wahrnehmung als „Fremde" und nicht als integraler gleichberechtigter Teil der Bevölkerung, durch Diskriminierung bei der Wohnungs-, Ausbildungsplatz- und Arbeitssuche und durch Benachteiligungen auf Grund von struktureller Diskriminierung im Bildungsbereich. Bei Flüchtlingen wird diese Situation noch durch einen prekären Aufenthaltsstatus verstärkt. Hinzu kommt ein öffentlicher gesellschaftspolitischer Diskurs, der oft vorurteilsbehaftet und stigmatisierend geführt und durch eine undifferenzierte Medienberichterstattung noch verstärkt wird. Viele MigrantInnen sind zudem von Mehrfachdiskriminierung betroffen, d. h. sie werden aufgrund von unterschiedlichen vermeintlichen oder tatsächlichen Zugehörigkeiten diskriminiert, z. B. als schwule Türken oder Migrantinnen mit Behinderung.

Wilhelm Heitmeyer hat in seiner Langzeitstudie, deren erste Folge 2003 erschien, für unterschiedliche Diskriminierungsformen gegenüber gesellschaftlich unterlegenen Gruppen den Begriff der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit" geprägt, der in unterschiedlich starker Ausprägung auch auf Friedrichshain-Kreuzberg zutrifft. Hierzu zählen neben Rassismus und Fremdenfeindlichkeit unter anderem auch Homophobie, also Lesben- und Schwulenfeindlichkeit, sowie Islamophobie, d. h. Bedrohungsgefühle durch MuslimInnen bzw. eine ablehnende Einstellung gegenüber MuslimInnen. Heitmeyer verwendet den Begriff der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, um deutlich zu machen, dass die unterschiedlichen Elemente aufeinander bezogen sind und sich gegenseitig verstärken können, wenn das gesellschaftliche Klima „vergiftet" ist, da Abwertungen auf weitere gesellschaftliche Gruppen ausgedehnt werden können. In seinen bisherigen Untersuchungen konnte Heitmeyer feststellen, dass Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit besonders in den unteren Soziallagen verbreitet ist, jedoch zeigt sich in der neueren Studie, dass einzelne Elemente des Syndroms bei eher wohlhabenden Personen angestiegen sind (Heitmeyer 2010, 23). Neben der Einforderung von Etabliertenvorrechten, die als Reaktion auf die Krisenbetroffenheit

gedeutet wird, ist vor allem ein Anstieg an islamophoben Einstellungen im Vergleich zum Vorjahr festzustellen; Heitmeyer stellt hier einen Zusammenhang zu den polemisch geführten öffentlichen Debatten her (Heitmeyer 2010, 23).

Auch an Friedrichshain-Kreuzberg gingen diese Debatten nicht spurlos vorüber: Im Anschluss an die durch die Thesen von Sarrazin ausgelöste und in den Medien geführte Integrationsdebatte im Frühherbst 2010 konnten auf einer Alltagsebene verstärkt anti-muslimische Ressentiments wahrgenommen werden. In der Problembeschreibung, die im Rahmen des Lokalen Aktionsplans vorgenommen wurde, wurden von Seiten gesellschaftlich aktiver Vereine und Akteure verstärkt ein Mangel an interreligiösem Dialog, zunehmende Diskriminierung speziell von muslimischen BewohnerInnen sowie grundsätzliche Vorurteile gegenüber Religionen bzw. Menschen mit religiöser Überzeugung konstatiert.

Ein weiterer Problembereich betrifft vor allem den Ortsteil Friedrichshain, der zwar wie der gesamte Bezirk als politisch links orientiert gilt, der aber gleichzeitig von überdurchschnittlich vielen rechtsextrem orientierten Vorfällen und Übergriffen betroffen ist. Jahrelang führte Friedrichshain die Statistik rechtsextremer und rassistischer Vorfälle an, die von der Opferberatungsstelle ReachOut geführt wird. Vorfälle finden insbesondere nachts in der Nähe der Verkehrsknotenpunkte (S-Bahnhöfe) oder einschlägiger rechtsextrem orientierter Treffpunkte (besonders eine Diskothek sowie Kneipen) statt. Zielgruppe sind nicht nur MigrantInnen, sondern vor allem auch linke Jugendliche oder solche, die als „links“ wahrgenommen werden. Im Juli 2009 gab es einen besonders schweren Überfall: Ein 22-Jähriger wurde am S-Bahnhof Frankfurter Allee von vier Neonazis angegriffen und so schwer verletzt, dass er ins Koma fiel. Weitere Anziehungspunkte für Rechtsorientierte und Rechtsextreme sind der im Februar 2009 neu eröffnete Thor-Steinar-Outlet-Store, der rechtsextrem orientierte Streetware vertreibt, und die Friedrichshainer Biermeile, die jährlich im Sommer stattfindet. Letztere hat zwar unpolitischen Festcharakter, wird aber zunehmend auch von Rechtsextremen aus verschiedenen Berliner Bezirken frequentiert, die durch entsprechendes Outfit/Aufschriften auf ihrer Kleidung auf sich aufmerksam machen. Im Sommer 2010 konnten insgesamt zwar weniger organisierte Neonazis auf der Biermeile beobachtet werden als im Vorjahr, die Anzahl von Beobachtungen mit rechtsextremem Inhalt (u. a. Propagandadelikte) war jedoch bei über 100 Beobachtungen trotzdem sehr hoch.

Der Bezirk verfügt über ein großes Potential an Netzwerken, Initiativen und engagierten AkteurInnen, die sich mit den beschriebenen Problemlagen auseinandersetzen und Projekte im Themenbereich umsetzen. Dies lässt sich u. a. auch daran festmachen, auf welch großes Interesse die Ausschreibungen im Rahmen des Lokalen Aktionsplans bei den örtlichen Trägern stießen. Eine Schwierigkeit des Lokalen Aktionsplanes bestand jedoch darin, aufgrund der Fülle von möglichen Themenbereichen und Projektideen die zielgerichtete, strategische Arbeitsweise des Aktionsplanes auch konsequent zu verfolgen. Dies gelang durch eine zunehmende Konzentration auf einige wenige Themenschwerpunkte, die in Diskussionen mit dem Begleitausschuss und mit weiteren engagierten AkteurInnen ausgewählt wurden. Im Folgenden sollen die Ziele, die Zielgruppen und Schwerpunktbereiche des Lokalen Aktionsplanes dargestellt werden.

Ziele und Schwerpunktbereiche des Lokalen Aktionsplanes

Im Fokus des Aktionsplanes in den vergangenen drei Jahren standen vor allem Jugendliche und junge Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, die vorrangig an Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen erreicht wurden. Außerdem zielte der Lokale Aktionsplan auf so genannte MultiplikatorInnen, also ErzieherInnen, SozialarbeiterInnen, SozialpädagogInnen und LehrerInnen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. Des Weiteren richtete sich der Aktionsplan an BewohnerInnen, die durch ihr Engagement in Vereinen, Initiativen, in politischen Parteien, in religiösen Organisationen oder im Kulturbereich zur Stärkung der Zivilgesellschaft und der Demokratieentwicklung im Bezirk beitragen.
Zu den Leitzielen des Aktionsplanes gehörte unter anderem, die Wertschätzung und Anerkennung von Vielfalt bei den BewohnerInnen des Bezirks zu erhöhen und ein größeres Bewusstsein für Ressourcen und Potentiale der verschiedenen Bevölkerungsgruppen entstehen zu lassen. Es wurden fünf Mittlerziele entwickelt, die im Rahmen des Aktionsplanes in den drei Jahren verfolgt wurden. Zu diesen Zielen gehörte die Sensibilisierung insbesondere von MultiplikatorInnen gegenüber unterschiedlichen Formen von Diskriminierung und Ausgrenzung, die Förderung von gesellschaftlicher Teilhabe und Empowerment vor allem von Kindern und Jugendlichen, die Stärkung des interreligiösen Dialogs im Bezirk, die Erweiterung des Wissens über historische und politische Zusammenhänge (z. B. im Rahmen der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus) bei jugendlichen und erwachsenen BewohnerInnen sowie die Auseinandersetzung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zum demokratischen Zusammenleben.

Im Rahmen dieser Ziele wurden unterschiedliche Themenschwerpunkte bearbeitet, die in diesem Sammelband vorgestellt werden sollen.
Maik Baumgärtner schildert in seinem Beitrag die Situation in Bezug auf Rechtsextremismus und Rassismus im Bezirk und beschreibt entsprechende Gegenmaßnahmen. Lydia Nofal und Nuran Yiğit geben eine thematische Einführung zu Islamophobie und berichten von einem modellhaften Projektansatz, der im Rahmen des Lokalen Aktionsplanes erprobt wurde. Tülin Duman und Nelly Tschörtner erläutern den Begriff der Mehrfachdiskriminierung und beschreiben neue Wege der lokalen Antidiskriminierungsarbeit. Martin Düspohl stellt in Zusammenarbeit mit KKH e. V. Projekte aus dem Schwerpunktbereich „Dialog der Religionen" vor. Eleonore Häring de Vázquez beschreibt die schwierige Situation von Flüchtlingen in Deutschland und vermittelt kreative Ansätze der Arbeit zu diesem Thema. Sabine Behn setzt sich mit Empowerment als lokaler Strategie auseinander und stellt Maßnahmen zur Förderung von Jugendbeteiligung dar. Martin Düspohl schließlich stellt Projekte der historisch-politischen Bildungsarbeit im Rahmen des Lokalen Aktionsplan vor und erläutert die ihnen zugrunde liegenden Prinzipien. In einem abschließenden, bilanzierenden Text werden Erfahrungen aus dem Lokalen Aktionsplan zusammengefasst dargestellt.

Literatur

Camino (Hrsg.) (2009): Lokaler Aktionsplan Friedrichshain-Kreuzberg 2008. Dokumentation der Einzelprojekte. Berlin.

Camino (Hrsg.) (2010 a): Lokaler Aktionsplan Friedrichshain-Kreuzberg 2009. Dokumentation der Einzelprojekte. Berlin.

Camino (Hrsg.) (2010 b): Lokaler Aktionsplan Friedrichshain-Kreuzberg 2010. Dokumentation der Einzelprojekte. Berlin.

Camino/ISS (Hrsg.) (2009): Gesamtbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2008 bis 31.08.2009 der Wissenschaftlichen Begleitung in Programmsäule 1: „Entwicklung integrierter lokaler Strategien" (Lokale Aktionspläne) im Programm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie". Frankfurt am Main.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2010): Deutsche Zustände, Folge 9. Berlin.

Karliczek, Kari-Maria (2009): Lokale Aktionspläne als Instrumente in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. In: Unsere Jugend (2/2009), 76–82.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hrsg.) (2009): Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2009. Fortschreibung für den Zeitraum 2007 bis 2008. Berlin.

Auszug aus dem Register 2010
So., 22.08.10 Rund um den Strausberger Platz werden verschiedene rassistische Aufkleber entdeckt und entfernt. Register Friedrichshain
Do., 09.07.10 Ein Jugendlicher erleidet bei einem fremdenfeindlichen Angriff im Volkspark Friedrichshain Gesichtsverletzungen. Der 16-Jährige sitzt mit Freunden nachts auf einer Parkbank, als ein Unbekannter aus einer Gruppe heraus auf ihn zutritt, ihn wegen seiner Hautfarbe beleidigt und aus etwa einem Meter mit einer Schreckschusswaffe auf ihn schießt. Anschließend flüchten der Täter und die ihn begleitenden Personen. Der 16-Jährige erleidet leichte Verletzungen im Gesicht und wird in einer Klinik ambulant behandelt. Der Polizeiliche Staatsschutz übernimmt die Ermittlungen. Polizei Berlin
Mo., 05.07.10 In der vergangenen Nacht werden an zwei Briefkästen (Bewohner mit ausländisch klingenden Namen) der Kreutzigerstr. 7 und an der gegenüberliegenden Wand Hakenkreuze geschmiert. Die Schmierereien werden von den Bewohnern entfernt. Register Friedrichshain
Fr., 02.07.10 In einer Diskothek am Warschauer Platz wird ein 22-jähriger Tourist gegen 3.00 Uhr wegen seiner israelischen Herkunft von einem Mann beleidigt, gewürgt und ins Gesicht geschlagen. Sein 18-jähriger Begleiter, der zur Hilfe kommt, wird auch geschlagen und mit einem Bierglas beworfen, das ihn jedoch verfehlt. Ein 43-jähriger Mitarbeiter der Diskothek unterstützt den Angreifer und setzt Pfefferspray gegen die beiden jungen Berlinbesucher ein. Sie flüchten mit einem Taxi und werden im Krankenhaus ambulant behandelt. ReachOut Berlin
Sa., 26.06.10 Innerhalb von zehn Minuten kommt es in der Nacht gegen 23.00 Uhr im Volkspark Friedrichshain zu Angriffen auf vier Männer. Alle geben unabhängig voneinander an, zunächst aus einer vierköpfigen Personengruppe heraus gefragt worden zu sein, ob sie homosexuell seien. Noch bevor die Männer jeweils antworten, werden sie von den vier Tätern geschlagen und getreten und erleiden hierdurch leichte Verletzungen im Gesicht und am Oberkörper. Anschließend flüchtet die Tätergruppe unerkannt. Polizei Berlin
Di., 20.04.10 An einem Haus in der Lehmbruckstraße wird ein Schild entdeckt, auf dem steht: „Hier wohnen Juden“, verziert mit einem Judenstern und ergänzt durch ein Auschwitzplakat. Ein Bewohner erstattet Anzeige. Register Friedrichshain